

Rheingauer Bote.



Rüdesheimer Zeitung.

Organ für Rüdesheim u. Umgegend.

Gegründet 1877.

42. Jahrgang.

Nr. 142

Erscheint wöchentlich dreimal (Montag, Mittwoch, Freitag). Bezugspreis vierteljährlich M. 1.70 ohne und M. 2.00 mit illustr. Sonntagsblatt. Auswärts mit betr. Postaufschlag. Telefon Nr. 295.

Rüdesheim a. Rh.
Mittwoch, den 4. Dezember

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile 12 Pfg., für auswärts 20 Pfg., Reklamenzeile 50 Pfg.; bei mehrmaliger Aufnahme entsprechender Rabatt. Druck und Verlag von H. Meier in Rüdesheim.

1918.

Ämtlicher Teil.

Betr. Wehrpflichtige.

Nach Feststellung der deutschen Wehrkraftkommission können sich alle ordnungsmäßig demobilisierten und entlassenen Wehrpflichtigen in dem vom Feinde besetzten Gebiete ohne Gefahr der Internierung aufhalten, wenn sie vor dem Kriege dort ihren Wohnsitz hatten.

Wehrpflichtige Zivilbeamten verbleiben ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt ihrer Wohnsitznahme in dem besetzten Gebiete im Dienst.

Rüdesheim, den 3. Dezember 1918.

Der Landrat.

Die Regierung in Wiesbaden hat mit dem 1. 12. 18. in dem Gebäude Vertramstraße Nr. 3 ein

Kreis-Melbeamte

für die Kreise

Wiesbaden-Stadt
Wiesbaden-Land
Rheingau
Untertaunus

eingesetzt.

Das Kreis-Melbeamte ist zuständig für:

- Anmeldung entlassener Heeresangehöriger.
- Regelung etwaiger persönlicher Ansprüche derselben, sowie Zahlung rückständiger Gehalts, Entlassungsgelder. Eine besondere Bekanntmachung hierüber folgt noch.
- Bearbeitung der Renten- und Versorgungssachen Kriegsschädigter.

Alle vom Militär entlassenen Personen haben sich umgehend bei dem Kreis-Melbeamten anzumelden.

Wiesbaden, den 27. November 1918.

Der Regierungspräsident.

Im Gesellenhaus sind noch rote Möhren, das Pfund zu 15 Pfg. zu haben.

Auch wird am Freitag, den 6. ds. Mts., nachmittags von 2-6 Uhr, ebenfalls Sauerkraut, das Pfund zu 25 Pfg. verkauft, solange der Vorrat reicht.

Rüdesheim, den 4. Dezember 1918.

Der Magistrat: J. V. Rubale.

Der Arbeiter- und Bauernrat: Glod.

Die Ausschaltung des Reichstages.

W. L. B. Freiburg i. Breisgau, 2. Dez. Der Reichstagspräsident Fehrenbach erhielt vom Reichstagsbüro heute folgendes Telegramm: Von der Reichsregierung ist uns folgendes Schreiben zugegangen: Die Reichsregierung hat verfügt, Sie zu beauftragen, am 1. Dezember 1918 an die Herren Reichstagsabgeordneten nur die Diäten auszahlen zu wollen, die im Falle einer erfolgten Reichstagsauflösung bezahlt werden müßten. Zugleich beauftragen wir Sie, die Einziehung der Eisenbahnfahrkarten der Herren Reichstagsabgeordneten veranlassen zu wollen. Ebert, Daake.

Darauf hat der Reichstagspräsident an die Reichsregierung und das Reichstagsbüro folgendes telegraphiert: An die Reichsregierung, Berlin. Laut telegraphischer Mitteilung haben Sie das Reichstagsbüro angewiesen, am 1. Dezember 1918 an die Reichstagsabgeordneten nur Diäten auszahlen, die im Falle einer erfolgten Reichstagsauflösung bezahlt werden müßten, sowie die Einziehung der Eisenbahnfahrkarten zu veranlassen. Diese Anordnungen sind gescheitert. Die freie Eisenbahnfahrt ist durch das Gesetz vom 22. Juni d. J. für die Dauer der Legislaturperiode, die noch andauert, gewährleistet und die Ausschaltung der Reichstagsabgeordneten darf nicht abhängig gemacht werden von der Fiktion einer Reichstagsauflösung. Im übrigen ist der Reichstag nicht aufgelöst, und ich protestiere namens des Reichstags gegen diese Verordnungen. Die Regierung ist auch nicht berechtigt,

dem Reichstagsbüro mit Umgehung des Präsidenten Weisungen zugehen zu lassen. Ich habe dem Büro verloren, der jetzigen Verfügung nachzukommen. Die Verfügung der Reichsregierung bezüglich der Diäten und der Freikarten ist, so lange der Reichstag nicht aufgelöst ist, gescheitert. Die Regierung hat auch nicht das Recht, mit Umgehung des Präsidenten eine direkte Weisung zukommen zu lassen. Ich habe gegen diese Verordnungen protestiert.

Fehrenbach, Reichstagspräsident.

Protest des preussischen Episcopates

Der Erzbischof von Köln, Kardinal v. Hartmann, hat an die preussische Regierung in Berlin folgendes Schreiben gerichtet:

Köln, 2. Dez. 1918.

Die Verfügung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 27. v. M., wodurch die geistliche Ortsaufsicht in Preußen aufgehoben ist, nötigt die Bischöfe Preußens, aufs neue Verwahrung einzulegen.

Als das Schulaufsichtsgesetz vom 11. März 1872 Gesetzeskraft erlangt hatte, erklärten die preussischen Bischöfe dem Staatsministerium unter dem 11. April desselben Jahres: „Der organische Zusammenhang, welcher zwischen Volksschule und Kirche mehr denn ein Jahrtausend bestand und welcher durch dieses Gesetz im Prinzip verletzt wird, läßt sich nicht allein auf ein geschichtlich überliefertes Verkommen, welches auch durch Gesetze und Verordnungen des Staates vielfach anerkannt und verbürgt war, sondern auch auf ein der Kirche eingeboresnes göttliches Recht, dessen sie sich selbst wenn sie wollte, nicht entäußern könnte, da es ihr zur Erfüllung der unerlässlichen Pflicht des christlichen Unterrichtes und der Erziehung der Jugend von ihrem göttlichen Stifter übertragen wurde.“

Gleichwohl trug die frühere Regierung trotz des stets erneuten Einspruches der Bischöfe keine Bedenken, auf Grund des gedachten Gesetzes den Einfluß der katholischen Kirche auf die Volksschule immer mehr zu unterbinden, indem sie in steigendem Umfang den Geistlichen die Ortsaufsicht entzog und nur noch selten Geistliche als Kreis- und Schulaufsichtoren anstellte.

Wenn jetzt kurzerhand der letzte Rest der geistlichen Ortsaufsicht von der Regierung beseitigt werden soll, so können die preussischen Bischöfe nicht umhin, gegen diese neue Verletzung des unveräußerlichen Rechtes der Kirche auf die Volksschule feierlich zu protestieren, zumal diese Maßnahme getroffen wird von einer nur vorläufigen Regierung.

Wir katholischen Bischöfe können unser Handeln nicht abhängig machen von den wandelbaren Meinungen der Menschen, sondern müssen uns leiten lassen von den unwandelbaren Prinzipien der ewigen Wahrheit. Wir werden darum auch nicht bemüht bleiben, so viel an uns liegt, den Frieden zwischen Kirche und Staat aufrecht zu erhalten, andererseits aber auch unsere Pflicht tun gegen die Kinder, welche Gott zu christlichem Unterricht und zu christlicher Erziehung in Haus und Schule der Kirche überwiesen hat.

Namens der Bischöfe Preußens:

gez. Felix Kard. v. Hartmann, Erzbischof von Köln.

Toll über Elsaß-Lothringen

Berlin, 2. Dez. Im Laufe einer Unterredung, die der Staatssekretär des Auswärtigen, Dr. Solf gestern mit einem Vertreter von W. L. B. hatte, er führte aus: „Die französische Presse stellt es so dar, als sei ganz Elsaß-Lothringen von einem Freudentaumel über die Wiedervereinigung mit Frankreich befallen. Die Tendenz dieser einheitlich dirigierten Rundgebungen ist doch etwas sehr durchdringend. Frankreich will der Welt verzeihen machen, daß Elsaß-Lothringen ein zu 1/10 deutsches Sprachgebiet und uraltes deutsches Kulturland ist. Es will die öffentliche Meinung seiner Verbündeten, und die des neutralen Auslandes darüber hinwegtäuschen, daß Deutschland in den 44 Jahren, die Elsaß-Lothringen zum Reiche gehört hat, dort wirksame Kulturarbeit geleistet und durch weitstehende Fürsorge, die wirtschaftlichen und geistigen Kräfte des Landes hervortragendem Maße gefördert hat. Man verkörpere uns mit dem oberflächlichen Gerede von der Unbeliebtheit unserer Verwaltung. Daß nicht alle Beamten für die heisse Mission pasten, vor die sie in Elsaß-Lothringen gestellt waren, bestreite

ich nicht. Ich behaupte aber mit aller Entschiedenheit, daß die deutsche Verwaltung in Elsaß-Lothringen gut gearbeitet, und daß sie auf dem Gebiete der Sozialpolitik und der sozialen Fürsorge Musterbeispiele von keinem anderen Lande Erreichtes, geschaffen hat. All dies wird untergehen bleiben und wird in Gedanken der dankbaren Nachwelt zum Ausdruck kommen. Wegen Dergleichen denkt das deutsche Volk in diesen Tagen an die treuen Pioniere des deutschen Wandlens in Elsaß-Lothringen und ihrer Not und ihrer Sorge. Wir haben eine große Dankeschuld an sie abzutragen. Von ihren engeren Landsleuten verkannt, ja selbst bedroht, haben sie als Sachwalter des vielgeschmähten Deutschlands ihre ganze Persönlichkeit für die deutsche Sache eingesetzt, haben sie eingelebt in oft schwieriger Lage, treu und unbeirrbar. Sie mögen getrosten Rutes sein. Die heutige, wie jede kommende Regierung, wird ihnen eine herzliche Aufnahme bereiten, wenn sie wünschen sollten, sich in anderen deutschen Gauen einen neuen Herd zu gründen. Deutschland ist stolz auf diese seine treuesten Söhne und bietet ihnen einen Platz in Ehre und Achtung an, von dem sie mitarbeiten können an der Wiedervereinigung Deutschlands und an der Wiederbelebung der großen, gewaltigen Kräfte, die ungebogen durch das Unglück dieses Krieges in der Seele des deutschen Volkes schlummern.“

Flammender Protest der Dsfront

Berlin, 2. Dez. (W. L. B.) Auf die Ausführungen des Führers des Arbeiter- und Soldatenrates in Berlin, Wollnubner, die vollkommen ungerechtfertigte Neuherungen über die Divergenzen bringen, erging folgender Protest durch den Zentralrat der Dsfront:

„Der Zentralrat der Dsfront ist erstaunt über die Neuherungen von Ihnen, daß die in Ausland liegenden Armeen wohl kaum an die Rückkehr könnten. Wir verstehen nicht, wie Sie dortiges in öffentlicher Versammlung sagen können, da doch die ganze Lage der Dsfront zu diesem Optimismus keinen Anlaß gibt, solange es den Arbeiter- und Soldatenräten gelingt, ihre Politik der Ruhe und Ordnung weiter durchzuführen. Mit derartigen Mitteilungen verwirren Sie die Stimmung in der Heimat und auch bei den Truppen, die davon Nachricht empfangen. Sie erschweren dadurch unsere außerordentlich großen Aufgaben und beschwören erst die Gefahr herauf, die Sie als schon vorhanden darstellen. Wir erheben Sie dringend, über die Dsfragen nur unsere bevollmächtigten Vertreter sprechen zu lassen, die wirklich mit der Sachlage vertraut sind.“

Der Zentralrat der Dsfront.

„Als unfreundlicher Akt“

Genf, 2. Dez. „Comme libre“ schreibt: Die Nichtanerkennung der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung innerhalb der Frist des Waffenstillstandes wird von den Alliierten als unfreundlicher Akt der jetzigen deutschen Machthaber angesehen. Eine Nationalversammlung nach drei Monaten ist aber eine Verhöhnung der Alliierten. Wir kommen dadurch nicht um die Fortsetzung des Krieges herum.

Wie die schweizerischen Blätter melden, gehen aus Paris und Besançon unausgesetzt Truppenzüge nach der deutschen Grenze ab. Die französischen Nordbahnen sind seit Samstagmitternacht zwecks Militärtransporte nach Deutschland für den privaten Verkehr gesperrt.

Neue Entenlenote an Deutschland?

Bärich, 2. Dez. Aus Washington wird gemeldet, daß seit einigen Tagen Besprechungen zwischen den Alliierten mit Einschluß der Vereinigten Staaten über die Stabilität der gegenwärtigen deutschen Regierung stattfinden. Es wird an einer Note gearbeitet, die in unzweideutiger Form erklären wird, daß die Alliierten es ablehnen, Friedensverhandlungen mit unabhängigen und nicht ordnungsgemäß zusammengesetzten Behörden zu führen. Es wird hervorgehoben, daß die Alliierten mit den Arbeiter- und Soldatenräten verhandeln würden, wenn diese ordnungsgemäß vom deutschen Volk gewählt würden. Die Alliierten hätten durchaus nichts gegen eine sozialistische Regierung. Sie wären bereit, mit einer solchen zu verhandeln, aber immer unter der Voraussetzung, daß eine solche Regierung als Ausdruck des Volkswillens gewählt sei.

Ein Ultimatum Jochs

Berlin, 2. Dez. Das bekannte Verlangen der Franzosen nach Auslieferung sämtlicher Kärten und besten Lokomotiven hat zu einer akuten Zuspitzung geführt. Gestern ließ Generallieutenant Joch der deutschen Waffenstillstandskommission ein Ultimatum mit 24stündiger Befristung überreichen, in welchem die französische Forderung erneut aufgestellt wird. Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger, hat sofort nachdrücklich Einspruch erhoben und erklärt, die Erfüllung der Forderung wäre selbst dann unmöglich, wenn man das ganze deutsche Wirtschaftsleben zum Herausjuchen der Kärten und besten Lokomotiven in Unordnung brächte. Er hat den Vermittlungsvorschlag gemacht, daß Deutschland alle gegenwärtig in Reparatur befindlichen Lokomotiven nach Fertigstellung abliefern werde. Als Beginn der Auslieferung ist der 1. Februar 1919 in Vorschlag gebracht. Der Vermittlungsvorschlag ist an die Bedingung geknüpft, daß die Franzosen die in Belgien und Nordfrankreich beschlagnahmten Lokomotiven in Anrechnung bringen und ihre Zahl namhaft machen. Die französischen Forderungen gingen über den Sinn und Wortlaut des Waffenstillstandsvertrages weit hinaus, da über die Qualität der abzuliefernden Maschinen keine Bestimmung getroffen sei. Die Frist des Ultimatus ist heute vormittag 10 Uhr abgelaufen. Welche Entscheidung gefallen ist, ist noch nicht bekannt.

Wie der Berliner Vertreter der „Köln. Ztg.“ meldet, hat Joch sein Einverständnis mit den Vorschlägen Erzbergers über die Ablieferung der Lokomotiven erklärt, sobald das Ultimatum damit erledigt ist.

Die Tischen im Amnarrich

Wlad. 1. Dez. (S. B.) Nach hier an zu ständiger Stelle vorliegenden Meldungen sind die Tischen im Amnarrich gegen die Gräfschaft Braunau auf der österreichischen Seite ist von der tschechischen Abteilung in Stärke von 1200 Mann besetzt. In Studowa rechnet man stündlich mit dem Einfall der Tischen. In der Nacht zum Sonntag kam Artillerie hier durch, die zur Verhärkung der Grenzposten an die gefährdeten Stellen anrückte. In der Nacht vom Freitag zum Samstag versuchten etwa 50 bis 60 Soldaten, die die Waffenkammer eroberten und sich bewaffnet hatten, einen Putzsch. Ein gewisser Kroeher, der hier einen wenig guten Rummel besitzt und der in Spandau wo er eine Strafe verbüßt, durch die Revolution befreit worden war, schloß sich in Berlin nach seiner Angabe der Spartakusgruppe an. Von Spandau kam er in Feldwebeluniform nach Wlad. um hier einen Putzsch zu veranstalten. Es gelang ihm, eine Reihe von Leuten für sich zu gewinnen, die er bewaffnete. In der Nacht zogen sie unter Rufen: Nieder mit den Zentrumsleuten! Es lebe die Republik! durch die Stadt, wobei Schüsse fielen. Das Ziel der Putzschmänner war in erster Linie das militärische Bekleidungsdepot, wo sie sich neu einkleiden wollten. Der Zug wandte sich dann zur Mollse-Kaserne. Dort hatten die Soldaten auf die Kunde von dem Herannahen der Demonstranten Maschinengewehre aufgestellt. Als auf die Aufforderung: Hände hoch! Gewehre hinwerfen! aus den Reihen der Aufständigen Schüsse fielen, antworteten die Soldaten mit Maschinengewehrfeuer. Zwei der Aufständigen wurden schwer verletzt; einer ist heute früh seinen Verletzungen erlegen. Kroeher und zwei andere Aufständigen wurden verhaftet; sie werden am Montag von dem Standgericht Schweidnitz abgeurteilt werden. Das hiesige Standgericht fällt das Todesurteil über Kroeher. Das Standgericht wählte jedoch nach dem Plaidoyer des Verteidigers in einer erneuten Verhandlung sich für unzuständig erklären und die Angelegenheit nach Schweidnitz überweisen. Auch in der Nacht vom Samstag zum Sonntag fielen an verschiedenen Stellen Schüsse, deren Herkunft noch nicht festgestellt werden konnte.

Der Kampf gegen Eisner.

München, 2. Dez. Die Situation der bayerischen Regierung hat sich unter dem Einfluß der Vorgänge der letzten Tage so weit zuspitzen, daß man bereits von einer Eisner-Krise sprechen muß. Der Ministerrat ist gegenwärtig zu einer Sitzung versammelt, in der es vielleicht kommt zu einer die Lage klärenden Entscheidung kommt. Deutlich ist, daß Friedrich Wilhelm Förster, der bayerische Gesandte in der Schweiz, in einer längeren Inzident an die „Münchener Post“ entschieden von Eisner abtrübt. Förster schreibt:

„Als ich von dem neuen Ministerpräsidenten eingeladen wurde, die provisorische Vertretung Bayerns in der Schweiz zu übernehmen, habe ich zugesagt, weil mir das von der neuen Regierung gegebene Programm und die Zusammensetzung des Ministerrats die Gewähr zu bieten schien, daß auf breiter demokratischer Basis gearbeitet werden könnte. Meine persönlichen Eindrücke in München haben mich in dieser Beziehung von Tag zu Tag mehr enttäuscht. Leider mußte ich mich überzeugen, daß Eisner sich bei der Durchführung seiner Ideen auf einen Boden stützen will, mit dem ich meinen Namen auch nicht von ferne verbinden kann. Die Idee der Nationalversammlung, gegen die Eisner verweigert kämpft, wurde das Symbol für die unentbehrliche Verödung aller Staaten

zur Rettung unseres Vaterlandes vor Auflösung und schimpflicher Vernichtung von außen her. Es ist auch zu bedenken — und ich spreche hier aus intimer Kenntnis der Sachlage —, daß die Eutente mit uns weder Frieden machen, noch uns Nahrung senden, sondern aller Voraussicht nach Deutschland nach Ablauf des Waffenstillstandes militärisch besetzen wird, wenn bis dahin keine Anzeichen für die Einsetzung einer dauerhaften, den Willen des ganzen Volkes zum Ausdruck bringenden verfassungsmäßigen Regierung zu verzeichnen sind. Wegen der Weisung gegenwärtigen Vertrauens über jede Art von Autokratie triumphieren, damit es den leidenden Millionen, die jetzt nach vier Kriegsjahren totmüde in die Heimat einziehen, erspart bleibe, vom Weltkrieg in den Bürgerkrieg hineingerissen zu werden.

Revolutionärswirtschaft

Saarbrücken, 30. Nov. Der Antrag des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates auf Bewilligung eines Vorzuschusses von 100 000 Mark zur Löhnung seiner Wachmannschaften gab, obwohl durch die Ereignisse, die Ablehnung dieser Revolutionsbehörde durch die französische Kommandantur gegenstandslos geworden, den Anlaß, in der letzten Stadtverordnetenversammlung das Finanzgebahren der Saarbrücker „Diktatur des Proletariats“ vor der Öffentlichkeit zu beleuchten. Von auswärts eingetroffene Matrosen hatten am Nachmittag des 9. November ohne Widerstand der Bürgerwehr einen Arbeiter- und Soldatenrat eingeführt, der aus Angehörigen der sozialdemokratischen Partei bestand und am Abend vom Rathaus herab die sozialistische Republik verkündete. Im Hinblick auf den den Waffenstillstandsbedingungen entsprechend baldigen Abzug der Garnison mußte zur Aufrechterhaltung der schwergefährdeten Sicherheit eine Bürgerwehr eingerichtet werden. Die hiesigen Arbeitgeber hatten sich bereit erklärt, geeignete Mannschaften aus ihren Betrieben zur Verfügung zu stellen und weiter zu entlohnen. Der Arbeiter- und Soldatenrat lehnte jedoch diesen durch den Oberbürgermeister vermittelten Vorschlag ab mit der Begründung, es fielen ihm, der die Markt jetzt in Händen hätte, nicht ein, eine wohl hauptsächlich aus „Gesinde“ zu formierende, zur Gegenrevolution fähige Soldatruppe des Kapitals zu organisieren zu lassen. Die Stadtverwaltung ließ sich zwar in der ersten Anregung des angeführten Turdelnonders dazu herbei, dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Bekleidung seiner Verwaltungskosten 10 000 Mark zur freien Verfügung zu bewilligen, lehnte es jedoch ab, die vom Arbeiter- und Soldatenrat geplante und dann ins Werk gesetzte Garde zu befehlen. Darauf ließ der sozialdemokratische Parteisekretär Neefe nach Berlin und erreichte, daß das Kriegsministerium die Reichsbanknebenstelle anwies, dem Saarbrücker Arbeiter- und Soldatenrat wöchentlich 180 000 Mark auszuzahlen. Infolge eines Ansturmes der roten Garde im Rathaus, während die französischen Generale mit der Stadtverwaltung unterhandelten, streckte auf Grund der Regierungsanweisung die Stadtverwaltung dem Arbeiter- und Soldatenrat 10 000 Mark vor, die der Staatkasse zurückerstattet wurden, als die Reichsbank dem Arbeiter- und Soldatenrat als erste Rats 100 000 Mark aushändigte. Der Einzug der französischen Besatzung hat der Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats ein Ziel gesetzt. Das Ausgabebuch des Saarbrücker Arbeiter- und Soldatenrates ist an der Saar gefunden worden; es führt die Gehälter auf, welche die Verwaltungen sich selbst bewilligten. Die rote Leibgarde bezog außer freier Verpflegung ein Tagelohn von 12 Mark, und ihr Bestand wurde auf 800 Mann angegeben. Der Rechnungsführer des Arbeiter- und Soldatenrates behauptet, Besatzung über 50 000 Mark seien ihm abhand gekommen. Durch die bisherigen Enthüllungen hat sich der erste Vorsitzende des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates, der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Valentin Schäfer, veranlaßt, die gerichtliche Untersuchung gegen sich zu beantragen.

Ein „Diktator“

Berlin, 2. Dez. In der Berliner Hebezeugfabrik von Pfechaltel hatte am 25. November die Besatzung sämtliche Maschinen des Betriebes stillgelegt, um ihren Forderungen bei den Lohnverhandlungen Nachdruck zu verleihen. In den Verhandlungen, die nunmehr zwischen dem Fabrikanten und dem Arbeiterrat der Fabrik geführt wurden, trat der 21 Jahre alte Arbeiter Otto Fischer als Vorsitzender des Arbeiterrates auf, besetzte die Büroräume der Fabrik und drohte damit, daß er das Bankkonto des Fabrikanten sperren lassen würde. Auf eine Beschwerde des Fabrikanten bei dem Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates erklärte man dort, daß das Benehmen des Fischer anarchistisch sei. Fischer seinerseits wies sich mit einer von Rosenbühn und Müller unterzeichneten Vollmacht aus, wonach ihm die Leitung über die Fabrik übertragen wurde. Herr Müller hat ja selbst dem Arbeiter- und Soldatenrat erklärt, daß er bei der Übernahme des Materials nicht jedes Schriftstück ansehen könne. (D. Red.) Der Streik in der Fabrik blieb in vollem Gange. Danach drang Fischer mit bewaffneten Sicherheitskämpfern ein und beschlagnahmte die Geschäftsbücher. Der Fabrikant hat sich nunmehr an die Regierung gewandt. Herr Fischer aber erklärt, daß für ihn weder die Regierung, noch der Voll-

zugsrat, auch nicht die freien Gewerkschaften und sonstige Vertretungen von Angestellten und Arbeitern maßgebend seien.

Offiziersstreik

Münchberg, 3. Dez. Die Revolutionsregierung in Bayern hatte allen Beamten und Offizieren, die sich der neuen Regierung zur Verfügung stellten, die Fortzahlung ihrer Gehälter garantiert. Auf eine Berliner Mitteilung hin wurden aber mit einem Federstrich alle Offiziere und Militärbeamte auf das Friedensgehalt von 1914 gesetzt, ohne daß der Entwertungs des Geldes irgendwie Rechnung getragen wurde, und ohne daß die Verfügung für die Mannschaften galt, die nach wie vor Kriegslöhne mit Zulagen erhalten. Das hat nunmehr Folgen gezeigt. Die diensttuenden Offiziere des 9. Infanterie-Regiments in Münchberg haben ihre dienstliche Tätigkeit eingestellt und ihre Obliegenheiten an die Vertreter des Soldatenrates Münchberg übertragen. Die Offiziere erklären, daß sie unter den bestehenden Verhältnissen in der Wachmannschaft der Regierung nur den Versuch einer bewußten Herabsetzung und einer Untergrabung der wirtschaftlichen Grundlage erblickten. Es geht dies auch daraus hervor, wenn man folgende Zahlen betrachtet: Die Mannschaften erhalten 160 Mark, während der Offizier nur rund 160 Mark erhält.

Die Besetzung der Gebiete.

Berlin, 2. Dez. In einer Unterhaltung mit einem Pressevertreter hat der Reichstagsabgeordnete Emmel, der Vertreter von Mühlhausen, erklärt:

Ich bin am 14. November vormittags in Mühlhausen angekommen und habe durch den Soldatenrat erfahren, daß das Militär beschleunigten Befehl zum Abzug erhalten hatte, weil sich ungefähr 800 elfstündige Urlauber und Deserteure in Handgranaten und Maschinengewehren ausgerüstet hatten und die Gefahr bestand, daß es zwischen ihnen und der in Mühlhausen liegenden bayerischen Division zu Kämpfen kommen würde. Die deutschen Truppen verließen auch wie Deutsche das Elß, selbst solche, die, wie ich 25 Jahre und länger in den Reichslanden gelebt und gewirkt hatten und denen Elß-Lothringen zur zweiten Heimat geworden war. Die von ihnen geheuten Besorgungen haben sich leider bewahrheitet. Deutsche Geschäfte wurden geplündert und die Deutschen, die während ihrer Anwesenheit in Elß für die Zugehörigkeit dieses Landes zum Deutschen Reich eingetreten, jetzt aber im Vertrauen auf ihre lokale Gesinnung zurückgeblieben waren, hatten unter Mißhandlungen zu leiden. Ich siedelte nach Freiburg über, wo ich seither die Hände in Mühlhausen nur gelegentlich Einzelheiten erfahren habe. So las ich in der Nummer des „Mühlhäuser Tageblatt“, daß der Mühlhäuser Gemeinderat auf Antrag der Einmütigkeit für den Anschluß an Frankreich ausgesprochen habe. Die Mühlhäuser „Volkszeitung“ ist durch einen Gewaltstreik ihrer eingeübten Bestimmung entzogen worden und erschießt jetzt unter dem Titel „La République“. Der Waffenstillstandsvertrag die Sicherheit des Privateigentums verbißt, haben wir in einem Telegramm an die Mühlhäuser Stadtvertretung gegen diesen Gewaltstreik entschiedene Verurteilung eingeleitet und unser Eigentumsrecht energisch betont.

Die Franzosen lassen den Uebertritt nach Elß-Lothringen frei, verhindern aber jede Auswanderung mit den schärfsten Mitteln. Nur einem Elß-Lothringer wurde es erlaubt, nach Freiburg zu übersiedeln und dort eine Abteilung des Elß-Lothringers zu bilden, der die zurückbleibenden Elß-Lothringer über die Verhältnisse in ihrer Heimat aufklären soll. Dieser mit einer halbamtlichen Mission betraute Herr hat in meiner Gegenwart erklärt, daß alle Deutschen aus Elß-Lothringen heraus müssen. Bedauernd ist das Los der elfstündigen Landesbeamten und auch der zurückgebliebenen im Baden- und Pöschdienst stehenden Reichsbeamten. Sollen sie nicht alles aus ihren bisherigen Anstellungsverhältnissen sich ergebenden Ansprüche verlustig geben, so müssen sie jetzt alles ruhig über sich ergehen lassen. Es wäre deshalb erwägen, ob nicht eine Reichsstelle mit der Aufgabe geschaffen werden könnte, diesen Beamten nach Möglichkeit eine Anstellung im Reichsdienst oder bei den Bundesstaaten zu vermitteln.

Die Franzosen in der Pfalz

Speyer, 2. Dez. (S. B.) Französische Besatzungsabteilungen. In der Pfalz mehrerer hundert Mann sind gestern u. a. in Pöschabern, Rastatt, Witten und Pforta eingedrückt. Der Personenverkehr auf der südwestdeutschen Bahnstrecke ist eingestellt, wogegen Güter- und Vieerzüge noch verkehren dürfen. Wegen der Arbeiterzüge erfolgen noch Bestimmungen.

Nach dem Einrücken französischer Truppenabteilungen, unter denen sich Karbale befinden, wurde gestern um 11 Uhr die Stadt Zweibrücken unter französische Oberkommando gestellt. Weiter wird der „Pfälzischen Rundschau“ noch gemeldet, daß ein Divisionsstab im Jüdischen Quartier genommen hat. Es wurde u. a. angeordnet, daß von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens niemand auf der Straße sein darf, daß die Straßen wieder zurückgestellt werden müssen, daß Waffen abzugeben sind und keine Annehmlichkeiten stattfinden dürfen. Dem Verfügen des Soldatenrates wurde eröffnet, daß der Rat sofort seine Tätigkeit einzustellen habe. Der Post-, Eisenbahn- und ein großer Teil des Fernsprechnetzes wurde vollständig gesperrt. Heute findet der Durchmarsch weiterer umfangreicher Truppenteile statt, die die Gegend Omburg in der Pfalz, Kaiserlautern usw. marschieren.

Zurückziehung der Farbiagen

Karlsruhe, 2. Dez. Der Pariser „Temps“ meldet, daß die französischen Kolonialtruppen infolge eines Befehls des Ministerrats aus dem besten deutschen Gebiet zurückgezogen werden.

Die Belgier in Aachen

Aachen, 2. Dez. Am Sonntag vormittag ist Aachen von zwei Regimentern belgischer Kavallerie besetzt worden, die mit Hörnerklang bis vor das Rathaus zogen und dort Aufstellung nahmen. Es wurde sofort die belgische Zeit eingeführt, die eine Stunde früher ist als die deutsche, und ferner bestimmt, daß alle Lokale um 8 Uhr abends geschlossen sein müßten. Nach dieser Zeit darf sich niemand auf der Straße sehen lassen. Der belgische Kommandant ließ erklären, daß der Soldatenrat abgesetzt sei, und daß fortan in Aachen nur noch der Oberbürgermeister anerkannt werde. Die Zeitungen dürfen drei Tage nicht erscheinen. Sie werden dann einer strengen Zensur unterworfen. Jede Kritik an den Maßnahmen der Entente wird verboten und die politische Haltung der Zeitungen streng überwacht.

Rotterdam, 2. Dez. (B. B.) Dem „Nieuwe Rotterdam. Cour.“ wird von seinem Iobben aus Aachen zurückgekehrten Vertreterstatte gemeldet, daß gestern abend ein Teil der belgischen Besatzung in der Stadt angekommen ist. Heute früh war überall in französischer und deutscher Sprache die Verordnung angeschlagen, daß vorläufig jeder Straßenverkehr zwischen 7 Uhr abends und 5 Uhr morgens belgischer Zeit verboten ist. Die Kaffeehäuser, Theater usw. bleiben vorläufig geschlossen. Jeder Transport von Personen und Gütern in der Stadt außer mit Trambahnwagen ist verboten. Alle Menschenansammlungen in den Straßen sind verboten und werden eventuell mit Waffengewalt auseinandergeprengt werden. Bis zum 1. Dezember abends müssen alle Waffen ausgeliefert sein. Hausdurchsuchungen können jederzeit und überall abgehalten werden. Bürger, die auf der Straße belgischen Offizieren begegnen, müssen den Bürgerheiß verlassen und ihr Haupt entblößen. Dem Vertreterstatte des „Nieuwe Rotterdam. Cour.“ wurde, obwohl er Holländer ist, von zwei belgischen Offizieren der Hut vom Kopf geschlagen. Anderen Personen wurden die Hüte heruntergerissen. Das Erscheinen und der Verkauf der Zeitungen und anderen Druckwerke ist verboten. Niemand darf Aachen verlassen oder die Stadt betreten. Zwischen 4 Uhr abends und 8 Uhr morgens müssen in den Erdgeschossen aller Häuser Lichter brennen. Personen, die die obenstehenden Bestimmungen übertreten, werden ohne weiteres erschossen. Der Stadt wird sofort eine Buße auferlegt. 10 Gefellen müssen sich fortwährend auf dem Rathaus aufhalten. Sie werden alle 25 Stunden durch 10 andere Gefellen abgelöst. Diese Maueranschläge sind von dem belgischen Kommandanten Grahe unterzeichnet. Im Hotel des Vertreterstatte in Aachen kam heute früh ein belgischer Geistlicher und zwei belgische Militärpersonen an. Der belgische Geistliche trat gegenüber einem deutschen Priester, der früher behauptet haben soll, daß Belgien deutsch bleiben würde, sehr roh auf.

*

Verkehr links- und rechtsrheinisch. Die Handelskammer Frankfurt a. M. erluchte die Waffenstillstandskommission, auf die Aufrechterhaltung des ungehinderten Verkehrs mit den besetzten linksrheinischen Gebieten hinzuwirken. Bei einer Einschränkung des Güterverkehrs wäre, da die hiesige verarbeitende Industrie auf linksrheinische Saarkohlen und andere Rohstoffe angewiesen sei, schwere Störungen des Wirtschaftslebens zu befürchten. Der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission teilte daraufhin dringlich mit: „Nach Waffenstillstandsabkommen ist Personen- und Güterverkehr zwischen links- und rechtsrheinischem Gebiet gewährleistet.“

Mainz, 4. Dez. (Besetzung von Mainz am 8. Dezember.) Die Heeresgruppe Gallwitz teilt mit, daß sie bei der Waffenstillstandskommission als Tag der Uebergabe den 8. Dezember in Vorschlag gebracht habe. Das Eintreffen der ersten feindlichen Besatzung ist am 7. Dezember zu erwarten.

Frankfurt, 2. Dez. Von der Waffenstillstandskommission in Spaai ist dem Nachrichtenamt des hiesigen A. u. S.-R. die Mitteilung zugegangen, daß eine Besetzung von ganz Frankfurt nicht in Frage kommt.

Trier, 30. Nov. Es berührt angenehm, wenn man Ritterlichkeit beim Feind berichten kann. Hier kamen in acht Automobilen ein amerikanischer Offizier mit mehreren Mann an. Sie brachten von der Front etwa 15 deutsche Offiziere und 150 Mann, die die Uebergabe geleitet hatten. Als diese Arbeiter den Auto mehr zur Verfügung stand. In liebenswürdiger Weise erklärten sich die Amerikaner bereit, die Deutschen, die sonst den Rückmarsch zu Fuß hätten machen müssen, in Automobilen nach Trier zu bringen. Die Besatzung der Automobile in ihren kalifornischen Uniformen verhielt sich, wie die „Trier. Zeitung“ schreibt, dem Publikum gegenüber sehr taktvoll

und zurückhaltend, nicht so eine gewisse Sorte von Trierern, die sich nicht nahe genug herandrängen und das Maul nicht weit genug aufreißen können. Es gibt eben Menschen, die von Takt und Selbstachtung keine blasse Ahnung haben.

Trier, 3. Dez. Das 6. amerikanische Infanterieregiment hat die Stadt besetzt. Der weitere Durchmarsch amerikanischer Truppen in Richtung Koblenz dauert an. Die Stadt ist ruhig.

Köln, 4. Dez. Gestern hat das letzte deutsche Regiment Köln vom Dome aus verlassen.

Berlin, 2. Dez. Der A. u. S.-Rat in Metz ist bereits am 14. November aufgelöst und seine bis dahin nicht gelösten Mitglieder sind verhaftet worden. Generalissimus Foch erkennt die A. u. S.-Räte nicht als öffentlich rechtliche Körperschaften an und gewährt ihren Mitgliedern keinen andern Schutz als anderen Privatpersonen. Unter diesen Umständen werden die A. u. S.-Räte im besetzten Gebiet sich auflösen müssen.

Berlin, 1. Dez. Der Kaiserin ist für ihre Reise nach Holland ein Extrazug gestellt worden. Sie war begleitet von dem Grafen Keller, zwei Damen aus ihrer bisherigen Umgebung und ihrem Kabinettssekretär, außerdem von dem Mitgliede des Vollzugsrates Rosenbrunn, der wahrscheinlich mitfuhr, um irgendwelche Störungen oder Belästigungen zu verhüten. Dieser und der Kabinettssekretär sind an der Grenze umgekehrt.

Kassel, 1. Dez. Vor Ende dieses Jahres ist, wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, an eine Verlegung des Großen Hauptquartiers aus Schloß Wilhelmshöhe nicht zu denken. Die Oberste Heeresleitung muß zur Sicherstellung der Demobilisierung der Millionenheere sich nahe an der Westfront befinden, da der ungeheure telephonische und telegraphische Vermittlungsdienst zwischen Truppen und Zentrale nicht von Berlin aus bewältigt werden kann. Erst nach der Abrüstung legt das Große Hauptquartier seine Befugnisse in die Hände des Berliner Kriegsministeriums zurück.

Bermischte Nachrichten.

* **Rüdesheim, 4. Dez.** Heute Mittwoch fand die Ausgabe der neuen Fleischkarten für die Bezirke 1—12 statt. Morgen Donnerstag wird die Ausgabe der Fleischkarten wie folgt fortgesetzt:

Bezirk 13, 14, 15	von 8—9 Uhr.
16, 17, 18	9—10 "
19, 20, 21, 22	10—11 "
23, 24, 25, 26	11—12 "

* **Rüdesheim, 4. Dez.** Wir machen unsere Leser auf die Bekanntmachung in heutiger Nummer aufmerksam, betreffend den Aufenthalt Wehrpflichtiger im besetzten Gebiete. Diese Bekanntmachung ist von außerordentlicher Wichtigkeit und erfordert besonders Beachtung.

* **Rüdesheim, 4. Dez.** Am nächsten Sonntag, nachmittags 4 Uhr, hält der Zentrumswahlverein in hiesiger „Turnhalle“ eine Volksversammlung ab, wozu alle Bürger und Bürgerinnen eingeladen sind.

* **Rüdesheim, 4. Dez.** Am Samstag, den 7. ds. Mts., abends 8 Uhr, findet in der „Turnhalle“ hier selbst eine Volksversammlung der Deutschen demokratischen Partei statt, in welcher der mutmaßliche Kandidat der Partei, Herr Rektor W. Breidenstein aus Wiesbaden über die Stellung und die Aufgaben der Deutschen demokratischen Partei sprechen wird (vergl. die noch erscheinende Anzeige). Alle Männer und Frauen sind zum Besuche dieser Versammlung eingeladen.

* **Rüdesheim, 4. Dez.** Behufs Wahl eines Kreis-Arbeiter- und Bauernrates findet am kommenden Sonntag, den 8. ds., in Mittelheim eine Delegierten-Versammlung sämtlicher Rheingauer Arbeiter und Bauerräte statt. Siehe Anzeige.

* **Rüdesheim, 4. Dez.** Wie aus der Bekanntmachung der Ortskrankenkasse Rüdesheim im Inseratenteil der heutigen Nummer ersichtlich, ist die Einkommensgrenze bei der Krankenversicherung von Mk. 2500.— auf Mk. 5000.— mit Wirkung vom 2. Dezember ds. J. erhöht worden. (Verordnung des Rats der Volksbeauftragten vom 22. November 1918, Reichsgesetzblatt 1918 Seite 1321.) Den Herren Arbeitgebern erwächst daher die Pflicht, die bei ihnen beschäftigten Personen mit einem Jahresentgelt von über Mk. 2500.— bis 5000.— bis zum 9. Dezember bei der Ortskrankenkasse anzumelden. Unterlassung der Meldung zieht Strafe nach sich. Die Verordnung läßt weiter zu, daß diejenigen Personen, die in der Zeit seit Beginn des Krieges wegen Überschreitens der Gehaltsgrenze von 2500 Mark aus der Krankenkasse ausgeschieden sind und ihre freiwillige Weiterversicherung versäumt haben, dies jetzt binnen sechs Wochen nachholen können, sofern sie

beim Ausscheiden zur Weiterversicherung berechtigt waren und nicht nach der neuesten Verordnung versicherungspflichtig sind. Auch die seit Beginn des Krieges wegen Überschreitens der Einkommensgrenze von 4000 Mk. aus der Kasse ausgeschiedenen freiwilligen Mitglieder können, soweit sie jetzt nicht versicherungspflichtig sind, sich gleichfalls binnen sechs Wochen wieder weiterversichern.

— **Aus Rheinhessen, 1. Dez.** Aus dem westlichen Rheinhessen und der Umgegend wird ein neuer, ganz erheblicher Preisschub in Flaschenweinen gemeldet. Die Flasche Wein, die in den letzten Wochen noch allgemein 10 bis 12 Mark kostete, wird jetzt durchweg mit 5 bis 6 Mk. bezahlt. Hierbei handelt es sich keineswegs nur um neue Weine von diesem Jahre, die bekanntlich schon weit billiger als die älteren Jahrgänge waren, sondern auch um die zu den phantastischen Preisen von 10 000 bis 12 000 Mark eingekauften 1916er und 1917er Weine. Hier wird also bereits mit sehr großem Verlust verkauft. Der Preisrückgang mag, wie Kenner berichten, nicht nur eine Folge der allgemeinen wirtschaftlichen Unsicherheit sein, sondern vor allem auch in der Tatsache begründet sein, daß die Pfalz und Rheinhessen wie das Rheingau, also das gesamte rheinische Weingebiet besetzenden Franzosen überall, wohin sie bis jetzt kamen, die gesamten Lebensmittel- und besonders die Weinpreise ganz erheblich herabsetzten. In der westlichen Pfalz haben sie beispielsweise den Weinpreis bereits auf 1.60 Mark im Kleinhandel herabgesetzt. In der Rheingegend wird jetzt schon überall der „Halbe“ zu 1 Mark verkauft. Ein weiterer rascher Preisrückgang wird von den Besitzern allenthalben befürchtet. Das Kaufgeschäft ruht zurzeit vollständig.

Homburg v. d. S., 1. Dez. Von maßgebender Seite wird mitgeteilt: Ein aus Belgien zurückgekehrter hiesiger höherer Eisenbahnbeamter beförderte nach dem hiesigen Güterbahnhof acht Waggons, die angeblich Handwerkszeug und Eisenbahnmateriale bergen. Der A. u. S.-R. ließ die Wagen öffnen und fand unter dem Material 20 Zentner Weizenmehl, 4 1/2 Zentner Graupen, 2 Kisten Rubeln und nicht unbedeutende Mengen von gebrannter Gerste und Haferflocken. Die Lebensmittel verfielen der Beschlagnahme.

Handwerker und Gewerbetreibende.

Die ernste und schwere Zeit fordert allzeitige rege und zielstrebige Arbeit, denn es steht eben alles auf dem Spiele. Jeder Bürger des Reiches muß mitarbeiten, also auch jeder Handwerker und Gewerbetreibende. Erstes Ziel dieser gemeinsamen Arbeit muß sein: Ruhe und Ordnung im Reiche zu erhalten und zu festigen, damit der Abschluß des Friedens nicht gefährdet wird.

Die gemeinsame Arbeit mit den berufenen Stellen an diesem Ziele fordern wir von jedem einzelnen Handwerker und Gewerbetreibenden, von den Innungen und Gewerbevereinen, den Handwerksämtern und Kreisverbänden, den Genossenschaften und allen Korporationen. Erst wenn durch diese Mitarbeit der Frieden erreicht ist, dann können und werden wir mit stärkerem Recht und günstigeren Aussichten unsere wirtschaftlichen Forderungen erheben, besonders diejenige auf Erhaltung und Sicherung der jetzt bedrohten wirtschaftlichen Selbständigkeit. Die Einzelwirtschaft darf nicht von der Gemeinwirtschaft verdrängt werden.

Folge deshalb jeder dem eiserne Gebot der Stunde und arbeite mit durch Einstellung der Heimlehrenden in die Betriebe, durch ihre Beratung und Unterstützung, durch Mitarbeit in den Arbeiter-, Soldaten- und Bauerräten, in den Demobilisierungsausschüssen und anderen Einrichtungen der Uebergangswirtschaft. Im Handwerk und Gewerbe steckt viel Intelligenz und Kraft. Nütze sie zum Heil unseres Vaterlandes und zu eurem eignen Heil. Unserer Unterstützung dürft ihr sicher sein.

**Die Handwerkskammer
für den Reg.-Bez. Wiesbaden.
Der Zentralvorstand
des Gewerbevereins für Nassau.**

Verantwortlicher Redakteur: Karl Meier.

Drucksachen jeder Art

in geschmackvoller Ausführung liefert

A. Meier's Buchdruckerei

.. Rüdesheim. ..

Den Truppen meiner Gruppe, welche in Rudesheim untergebracht waren, ist seitens der Behörden und der Bürgerschaft ein überaus herzlicher Empfang bereitet worden. Hierdurch ist den braven, aus schweren Kämpfen heimkehrenden Kriegern der Dank der heimischen Bevölkerung zum Ausdruck gebracht worden, daß sie durch ihr standhaftes Ausharren unser geliebtes Vaterland, insbesondere den urdeutschen Rheingau, vor den Schrecknissen des Krieges bewahrt haben.

Ich spreche allen Behörden sowie der Bürgerschaft von Rudesheim für diese so überaus wohlthuende Aufnahme in den herrlichen Gefilden des Rheines meinen herzlichsten Dank aus.

Rudesheim a. Rh., den 1. Dezember 1918.

Der Kommandierende General:

u. Ouen

Führer der Gruppe Ouen.

Volks-Versammlung

nächsten Sonntag nachm. 4 Uhr in der Turnhalle hier.

Alle Bürger und Bürgerinnen werden hierzu eingeladen.

Der Vorstand des Zentrumswahlvereins.

An sämtliche Arbeiter- u. Bauernräte
im Rheingaukreis.

Am Sonntag, den 8. Dezember 1918, nachmittags 4 Uhr,
findet im Routhmann'schen Saalbau zu Mittelheim eine

Delegierten-Versammlung

sämtlicher Arbeiter- und Bauernräte zwecks Wahl
eines Kreis-Arbeiter- und Bauernrates
statt.

Rudesheim, den 4. Dezember 1918.

Arbeiter- und Bauernrat Rudesheim.

Allgemeine Ortskrankenkasse

für die Gemeinden des ehemaligen Amtes Rudesheim
zu Rudesheim am Rhein.

Gemäß Verordnung vom 22. November d. J. (Reichsgesetzblatt 1918 Seite 1321) ist bis auf Weiteres die Versicherungsgrenze von Mk. 2500.— auf Mk. 5000.— Jahresentgelt erhöht worden. Hiernach sind alle bisher mit einem Jahresentgelt von über Mk. 2500.— von der Krankenversicherungspflicht befreiten Betriebsbeamten, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung, ferner Handlungsgehilfen, Gehilfen in Apotheken, Bühnen- und Orchestermitglieder, Lehrer, Erzieher, ferner Schiffer auf deutschen Seefahrzeugen, sowie auf Fahrzeugen der Binnenschifffahrt, weiterhin gegen Krankheit versichert.

Die Verordnung tritt am 2. Dezember 1918 in Kraft.

Die Herren Arbeitgeber werden aufgefordert, diese Personen, soweit für dieselben die Ortskrankenkasse Rudesheim in Betracht kommt, bis zum 9. Dezember a. c. zur Kasse anzumelden.

Des weiteren steht denjenigen Personen, welche seit Beginn des Krieges wegen Ueberschreitens der Gehaltsgrenze von Mk. 2500.— aus der Kasse als versicherungspflichtig ausgeschieden sind, das Recht zu, binnen sechs Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung ihre Wiederaufnahme als Mitglied zu beantragen, sofern beim Ausscheiden das Recht zur Weiterversicherung bestand und jetzt infolge der Erhöhung der Versicherungsgrenze keine Versicherungspflicht vorliegt.

Diese Vorschrift findet auch auf solche Personen Anwendung, die seit Beginn des Krieges als freiwillige Mitglieder wegen Ueberschreitung der Einkommensgrenze von Mk. 4000.— aus der Kasse ausgeschieden mußten.

Mit der Erklärung auf freiwillige Weiterversicherung ist ein ärztliches Gesundheitsattest vorzulegen.

Rudesheim, den 3. Dezember 1918.

Der Vorstand:

Karl Meier, Vorsitzender.

Briefpapier

in verschiedenen Formaten, lose, in
Mappen und Kassetten
empfiehlt
A. Meier.



Habe meinen

Neuen Wein

in Zapf genommen und Lade zum
Besuche freundlichst ein

Joh. Jos. Crapp, Feldstraße 25.



Von morgen Donnerstag nehme

meinen

1918er Wein

in Zapf und Lade zum Besuche
freundlichst ein

Pet. Jos. Rüchert, Feldstraße 20.



Stempel, in jeder Aus-
führung und
Größe werden preiswert und
schnellstens geliefert von

A. Meier :: Rudesheim.



Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unseren
guten Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Onkel

Herrn Hermann Müller

gestern Abend um 1/2 6 Uhr, im 63. Lebensjahre, nach
kurzem, schweren Leiden, wohlversehen mit den heiligen
Sterbesakramenten, zu sich zu rufen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Peter Rittgen.

Rudesheim (Rhein), im Felde, Coblenz, Frankfurt
a. Main und Mombach, den 4. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet am Freitag um 3 Uhr, das Seelenamt
am Samstag 7 1/2 Uhr statt.

Möbel-Versteigerung.

Freitag, den 6. Dezember, mittags 1 Uhr, in der Gastwirtschaft
„Röhl“ dahier, läßt Herr Gottfried Wellenmann hier, folgende

Möblien

gegen gleich bare Zahlung versteigern:

Eine kompl. Schlafzimmereinrichtung, eine vollst. Küchenein-
richtung, 1 Sofa noch neu, mehrere Stühle, Rohrstuhl, ein
sehr gut erhaltenes Klavier, eine neue Nähmaschine, ein Wäsch-
schrank, Tische, 1 Kinderbett, 2 Gaslampen, Porzellanachen,
eine eiserne Bettstelle mit Matratze, Kissen und Decke und
dergl. mehr.

Rudesheim, den 3. Dezember 1918.

Rheinstraße 31.

J. Heinz, Auktionator.

Telefon 187

Unterricht

in
Violin
Klavier

sowie sonstigen

Blasinstrumenten.

erteilt aufs gründlichste,
ferner übernehme ich auch
Klavierstimmen und
Reparaturen sämtlicher
Blasinstrumente.

Jakob Rüdell
Kunkertshof 4.

Verloren

(K. F. 1902 gezeichnet)
verloren. Der Finder
wird gebeten, denselben
gegen gute Belohnung in
der Exped. d. Bl. ab-
zugeben.

Ein

Monatsmädchen

gesucht.

Peterstraße 5.

Spielfarten

zu haben
A. Meier.

Rasiermesser

: Taschen- :

Federhalter

Brieföffner

Taschenstifte

: empfiehlt :

A. Meier

Rudesheim.